

Dezernat 02 Finanzen und Wirtschaft

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2439/19

Titel der Drucksache

Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage im ÖPNV

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-----|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Ja. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Ja. |

Stellungnahme

Die EVAG sieht die Frage der Zivilcourage als gesamtgesellschaftliches Thema an, wobei der ÖPNV keineswegs besonders im Fokus steht.

Die EVAG schätzt ganz im Gegenteil dazu ein, dass die Fahrzeuge im öffentlichen Raum sogar „Sicherheitsinseln“ darstellen. So sind beispielsweise alle Fahrzeuge Kindernetzwerke. Der Fahrer steht in kritischen Situationen immer als Ansprechpartner zur Verfügung und ist jederzeit in der Lage, über die Leitstelle die Polizei hinzu zu ziehen. Des Weiteren führt die EVAG aus, dass die Anwesenheit der Fahrausweiskontrollen ebenfalls zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl beiträgt. Jährlich durchgeführte Komplexkontrollen mit der Polizei und auch die Videotechnik ergänzen die Maßnahmen.

Dennoch stellt die EVAG in den Fahrzeugen auch immer wieder Handlungen und auch Übergriffe fest. Die EVAG schlägt deshalb vor, das Thema Zivilcourage zu einem Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit für die gesamte Stadt Erfurt zu machen. Den ÖPNV hier in den Fokus zu nehmen, hält die EVAG für nicht sachgerecht und schädigend für das Image des ÖPNV und des Unternehmens.

Darüber hinaus erklärt sich die EVAG dazu bereit, bei der Entwicklung einer Öffentlichkeitskampagne sowie bei der Erarbeitung weiterer Maßnahmen mit der Stadtverwaltung Erfurt zusammen zu arbeiten. Hierfür stellt die EVAG auch gern ihre Kommunikationskanäle zur Verfügung.

Die Stadtverwaltung unterstützt auch eine Kampagne für Zivilcourage im ÖPNV. Dazu kann die Stadtverwaltung insbesondere alle ihr derzeit zur Verfügung stehenden Medienkanäle anbieten (Amtsblatt, Erfurt.de, Facebook), um auf die Kampagne und ihre Bedeutung hinzuweisen sowie sie bekannt zu machen.

Fazit:

Trotz der personell angespannten Situation in der Landeshauptstadt Erfurt wird hier ein Potential für eine derartige Kampagne gesehen. Die Verwaltung wird daher dem Kriminalpräventive Rat, bei der u. a. auch Vertreter der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörde und des Seniorenbeirates mitarbeiten, vorschlagen, sich dieses Themas anzunehmen und im KPR ausführlich (unter Einbeziehung der Träger des ÖPNV in Erfurt) zu diskutieren und

niederschwellige Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Daher wird empfohlen, entweder die Drucksache wie vorgelegt dem KPR zur Beratung vorzulegen oder den Beschlusswortlaut im BP 01 zu modifizieren und den Zeitrahmen im BP 02 zu erweitern (siehe Feld "Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung").

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

01

Eine Öffentlichkeitskampagne für Zivilcourage im ÖPNV soll unter Leitung des Kriminalpräventiven Rates mit den Trägern des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Erfurt erarbeitet werden.

02

Die Grundzüge der Kampagne werden am Ende des 2. Quartals 2020 im zuständigen Ausschuss vorgestellt und beraten

Anlagenverzeichnis

gez. Linnert
Unterschrift

29.11.2019
Datum